

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5678

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5678



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 17. Mai 2026

Inhalt

Gefragt ist: Mut zur Kurskorrektur	2
15. Mai 2026, Marianne Wüthrich.....	2
Schulen können auffällige Kinder neu in Förderklassen verlegen.....	5
Tages-Anzeiger, 12. Mai 2026, Zürich, Pascal Unternährer.....	5
Und sie kosten doch etwas.....	7
NZZ, 12. Mai 2026, Zürich und Region, Giorgio Scherrer.....	7
Die Rückkehr der Kreidezeit.....	10
Journal 21, 12. Mai 2026, Carl Bossard.....	10
Zurück zur klaren Autorität im Klassenzimmer.....	12
Tages-Anzeiger, 28. April 2026, Politik & Wirtschaft, Sabrina Bundi.....	12
Die Stimme der anderen.....	15
NZZ, 11. Mai 2026, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach.....	15
Die Realschule repariert, was das Bildungssystem beschädigt hat.....	18
St. Galler Tagblatt, 27. April 2026, Schwerpunkt, Gastkommentar von Margrit Stamm.....	18
Die Schule retten.....	19
NZZ, 4 Mai 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	19
Schule ist keine lästige Pflicht.....	20
Tages-Anzeiger, 2. Mai 2026, Forum, Leserbrief.....	20
Überforderung im Tarnkleid.....	21
Tages-Anzeiger, 30. April 2026, Forum, Leserbrief.....	21



Gefragt ist: Mut zur Kurskorrektur

15. Mai 2026, Marianne Wüthrich

Förderklassen für Zürcher Kinder und Jugendliche

Nun ist es so weit: Das Zürcher Kantonsparlament hat die schon vor einiger Zeit beschlossene Einführung von Förderklassen anfangs Mai im Volksschulgesetz verankert. Ein Referendum dagegen scheint nicht geplant zu sein. Damit wird wenigstens eines der grossen Probleme unserer Volksschule im Kanton Zürich wie auch an anderen Orten angepackt. Die Gemeinden können bei Bedarf auf allen Stufen der Volksschule solche Klassen einführen. Dass sie dafür neu kantonale Gelder beantragen können, ist eine echte Hilfe für das Gelingen des Projektes. Einige Kantonsräte und Journalisten behaupteten einmal mehr, es gehe darum, «störende Schüler» zu «separieren» – offenbar haben sie den Sinn von Förderklassen immer noch nicht verstanden oder wollen ihn nicht verstehen. Selbstverständlich muss aus pädagogisch-psychologischer Sicht immer das einzelne Kind im Zentrum stehen. Wie ist es am besten möglich, eine Lernsituation zu schaffen, in der es in intensiver Beziehung zu seiner Lehrerin seine Lernschritte machen und seinen Weg ins Leben finden kann? Gleichzeitig wird die Eröffnung von Förderklassen natürlich dazu führen, dass in den Regelklassen ebenfalls eine ruhigere Lernatmosphäre einzieht und dass die Lehrkräfte weniger überlastet sind. Also eine gute Sache zum Wohl aller Beteiligten.

Wenn schon eine Einrichtung dem Separieren der «Störer» dient, sind es die Lerninseln, die Bildungsdirektorin Silvia Steiner eigentlich zwecks Verhinderung von Förderklassen geplant hatte. Es ist ärgerlich, dass der Kantonsrat dieses pädagogische Unding einer Nichtpädagogin ebenfalls ins Gesetz schreibt.

Zur Frage, ob die Förderklassen nun kostenneutral seien oder nicht, titelt die NZZ: «Und sie kosten doch etwas». Finden Sie eine solche Diskussion nicht auch peinlich für ein wohlhabendes Land? Besonders wenn man dabei hat, dass wir Abermilliarden in digitale Geräte und Software ab dem Kindergarten pumpen, obwohl sie erwiesenermassen oft mehr schaden als nützen. Was hingegen für Schüler und Lehrer sinnvoll ist, darf bigoscht auch etwas kosten!

Die Bildungsexperten zerpfücken – oder den desolaten Zustand unserer Schule anpacken?

Carl Bossard ist einer der erprobten Pädagogen, die sich seit vielen Jahren kritisch mit den pädagogisch unhaltbaren Schulreformen auseinandersetzen, die unserer einst guten Schule von Vertretern fragwürdiger pädagogischer Theorien oder aus ökonomischen Interessen aufgedrückt worden sind. Ende April sind einige dieser Fachleute unter dem Titel «Wendepunkt Bildung» vor die Medien getreten und haben zum «Mut zur Kurskorrektur» aufgefordert. Im letzten Newsletter haben wir darüber berichtet.

Das Anliegen der Bildungsexperten: Die Öffentlichkeit aufzurütteln, indem sie über die desaströsen Zustände in unserer Volksschule informieren und zu deren Behebung aufrufen. Ihr eindringliches Motto: «Jedes Kind geht nur einmal zur Schule.» Damit werden Bildungsdirektionen, PHs, Medien und Bürgerinnen an ihre Verantwortung unserer Jugend gegenüber erinnert. In den Medien wurde die



wahrhaft berechtigte Kritik nur teilweise konstruktiv aufgegriffen, zum Beispiel von Kari Kälin in CH Media oder in einem Interview mit dem Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid in der NZZ. Carl Bossards neuester Artikel «Die Rückkehr der Kreidezeit» ist eine eigentliche Anklageschrift gegen einige andere Medienleute, ihre rüde Zurückweisung der Fakten bis hin zur Abwertung ad personam. Wer heute Selbstverständlichkeiten einfordert wie etwa, dass die Kinder in der Schule lesen, schreiben und rechnen lernen und dass den Lehrerstudenten an der PH das Unterrichten vermittelt wird, der muss damit rechnen, in eine rückwärtsgewandte Ecke gestellt zu werden, so der Autor. «Besonders auffällig war allerdings weniger die Kritik selbst als deren Stil. Diskutiert wurde selten über Lesen, Schreiben oder Rechnen. Stattdessen wurde das Alter der Beteiligten untersucht. Ihre mutmassliche Weltanschauung.»

Beim Rückblick in die Medienkommentare vom 28. April, dem Tag der Medienkonferenz, wird man vor allem im Tages-Anzeiger fündig. («Zurück zur klaren Autorität im Klassenzimmer».) Was sich Inlandredaktorin Sabrina Bundi erlaubt, ist jenseits! «Wendepunkt Bildung: Viel Kritik, wenig Plan. Konkrete politische Forderungen oder Strategien hat die Gruppe noch keine.» Dabei nennt Bundi durchaus die konkreten Forderungen der Experten, aber mit negativem Unterton: «Die Gruppe nennt sich Wendepunkt Bildung. Inhaltlich positioniert sie sich bildungskonservativ und reformkritisch. Ihr Manifest beklagt ‚sinkende Lernleistungen‘, ‚überfrachtete Lehrpläne‘, Pädagogische Hochschulen, die ‚den Bezug zur Praxis verloren haben‘, und eine Schule, die sich in Administration verstricke.» Indem man die Benenner dieser allseits bekannten Fakten als «bildungskonservativ und reformkritisch» etikettiert, lenkt man in Tat und Wahrheit vom realen Desaster in unserer Volksschule ab. Bundi weiter: «Was sie alle eint, passt auf eine A4-Seite: ein Manifest, das nicht weniger fordert als eine Neuausrichtung der Volksschule. Sie soll sich wieder auf ihre Kernaufgaben fokussieren.» Was soll daran falsch sein? Aber mit der Bemerkung «Was sie alle eint, passt auf eine A4-Seite» wertet die Journalistin das Ganze gekonnt ab.

Besonders widerwärtig ist der Angriff Bundis auf die Personen: «Die Forderungen ähneln dem, was schon die SVP und die FDP in ihren Bildungspapieren festhielten. Neu ist also weniger, was die Gruppe fordert – sondern wer es gemeinsam tut.» (Hervorhebung mw) Erstaunlich unverfroren!

Dass die Gruppe «Wendepunkt Bildung» ihre Analysen und Forderungen aus den Bildungspapieren der FDP und SVP abgeschrieben haben soll, wurde übrigens auch in anderen Medien behauptet. Ein Witz! Wenn schon, dann umgekehrt, beschäftigen sich doch die Experten seit vielen Jahren mit den fehlgeleiteten Bildungsreformen. Dies soll die neue Positionierung der beiden politischen Parteien aber keineswegs entwerten – gut für unsere Schule, wenn die Politiker etwas Sinnvolles übernehmen.

Förderung der Leistungsstarken – oder der Kinder, die es am meisten brauchen?

Anschliessend lässt Bundi unter dem Titel «Was die Befürworterin der Schulreform sagt» Katharina Maag Merki von der Uni Zürich ausgiebig zu Wort kommen. Mit dem, was sie von sich gibt, erweist sie sich allerdings nicht als Leuchtturm der Wissenschaft. Zum Beispiel, die Kritik der Gruppe an den Reformen greife zu kurz, denn «Der Leistungsrückgang ist kein schweizerisches Phänomen, wir sehen ähnliche Entwicklungen in vielen Ländern». Im Klartext: Weil die Schulreformen anderswo auch nicht tauglicher sind als bei uns, ist alles in Butter? Oder: Die Grundkompetenzen, die das



Manifest stärken will, seien längst Teil des Lehrplans. «Sich aber wieder stärker nur auf diese zu fokussieren, holt die leistungsstarken Kinder nicht genügend ab, sie würden dadurch ungenügend gefördert».

Tatsächlich ist aber ein systematischer Aufbau der Grundlagen in Deutsch und Mathematik gerade nicht Teil des Lehrplans 21, wie jeder weiss, der sich damit auskennt. Ausserdem ist es nicht vor-dringlich, sich Sorgen um die Förderung der leistungsstarken Kinder zu machen. Als ob sie nicht selbst ihre Knacknüsse suchen und finden würden, wie ich aus eigener Erfahrung weiss. Meine sechsjährige Primarschulzeit habe ich mit 38 anderen Kindern zusammen in einer sozusagen integrierten Klasse verbracht. Anders als heute wurde da im Klassenunterricht, in Ruhe und mit Konzentration gelernt. Ja, einer meiner Lehrer war autoritär, aber die meisten waren herrliche Persönlichkeiten, die uns die Freude am Lernen und am gemeinsamen Schaffen näherbrachten und mir zum Vorbild wurden. Manchmal ging es mir ja schon etwas zu langsam vorwärts. Dafür konnte ich zum einen meinen Mitschülerinnen beim gemeinsamen Lösen der Hausaufgaben behilflich sein. Zum anderen gab es schon damals viele Möglichkeiten, sich Zusatzanforderungen zu beschaffen: zum Beispiel durch Anregungen in Jugendzeitschriften, beim Heraustüfteln mathematischer Tricks, mit dem Lesen von massenhaft Büchern und mit dem Schreiben und Illustrieren selbst erfundener Geschichten. Und was haben wir bei den Pfadi alles gelernt, vom Bau einer Herdstelle inklusive Feuermachen, über den OL mit Karte und Kompass, bis zum Einkaufen und Kochen mit bescheidenen Mitteln im Pfadilager. Wem es noch nicht klar ist: Unser Augenmerk muss in erster Linie der Förderung derjenigen Kinder gelten, die beim Lernen aus verschiedenen Gründen benachteiligt sind. Die Lernfreudigen haben sich tatsächlich seit jeher ein gutes Stück weit «selbst organisiert».

Es geht auch anders in den Schweizer Medien

Zum Abschluss einige erfreuliche Stimmen. Da ist CH Media-Journalist Kari Kälin mit seiner würdigen Berichterstattung zur Medienkonferenz. Seinen Artikel vom 28. April haben wir im letzten Newsletter publiziert. Zwei kurze Auszüge: «Die Experten kritisierten, oft werde die Lehrperson zum Coach degradiert, den Kindern im Rahmen des selbstorganisierten Lernens zu viel zugemutet. Res Schmid kritisierte, dass bei dieser Lernform vor allem lernschwache Kinder auf der Strecke bleiben würden. Der Tenor lautete: Die Lehrerinnen und Lehrer müssen gestärkt werden, sie brauchen eine aktivere Rolle, in der sie den Unterricht gezielt steuern, damit die Schülerinnen und Schüler nicht allein gelassen werden.» Und bereits im Titel: «Experten fordern mehr Praktiker an den Pädagogischen Hochschulen».

Dann berichtet in der NZZ Robin Schwarzenbach von einer Begegnung mit Yasmine Bourgeois, die beim «Wendepunkt Bildung» aktiv ist und ebenso im Initiativkomitee der Förderklasseninitiative dabei war. Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm schildert in ihrer erfrischenden Art die heilende Wirkung der Beziehung zur Reallehrerin, die den ihr anvertrauten Jugendlichen die Wertschätzung entgegenbringt, die es braucht, um von der Erfahrung des Nichtkönnens auf den Weg des Lernens zu gelangen. In der Berufslehre wendet sich dann für viele früher entmutigte und zu wenig geförderte Jugendliche das Blatt: «Lernen erhält unmittelbaren Sinn, Leistung wird sichtbar, Erfolg konkret erlebbar.» Wussten Sie, dass 20 Prozent der Teilnehmer bei den SwissSkills ehemalige Realschüler sind? Letztlich steht eben oft nicht das «Etikett» Realschule im Vordergrund für die



Zukunft des jungen Menschen, sondern die Begegnung mit einem Lehrer und / oder einer Ausbilderin im Lehrbetrieb, die ihm den Weg zum Lernen eröffnen.

Schliesslich haben sich mehrere Leserinnen und Leser zu den aktuellen Bildungsfragen geäussert – der gesunde Menschenverstand bricht sich Bahn.

Nun ist mein Vorwort etwas lang geraten, trotzdem wünsche ich Ihnen viel Freude am Lesen unseres Newsletters.

Marianne Wüthrich

Schulen können auffällige Kinder neu in Förderklassen verlegen

Tages-Anzeiger, 12. Mai 2026, Zürich, Pascal Unternährer

Entscheid im Bildungswesen • Es ist das Ende der Integration um jeden Preis und die Rückkehr der Kleinklassen: Der Kantonsrat vergrössert den Spielraum der Schulen im Umgang mit störenden oder lernschwachen Kindern.

Etwas weniger Integration, etwas mehr Separation der Schülerinnen und Schüler - und viel Autonomie für die Schulgemeinden: So könnte man kurz die Lösung beschreiben, die das Kantonsparlament für alle Stufen der Zürcher Volksschule vorsieht. Es hat gestern die Umsetzung der Förderklasseninitiative diskutiert, die vor gut zwei Jahren von FDP, GLP und SVP lanciert worden war.

Konkret entscheiden künftig die lokalen Schulbehörden, ob sie in ihren Schulhäusern Förderklassen installieren. In diese kommen für mindestens ein Semester jene Schülerinnen und Schüler, die immer wieder den Unterricht stören oder «besonders hohen Förderbedarf» haben, also lernschwach sind. Geleitet werden die Förderklassen durch Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Wer in diese Förderklassen wechselt, entscheidet letztlich die Schulpflege. Zuvor sollen sich Eltern, Klassenlehrperson und Schulleitung möglichst über ein gemeinsames Vorgehen einig werden.

Welche Separation? Schulen haben die Wahl

Die Schulpflegen können sich aber auch auf ein anderes Modell festlegen, den sogenannten erweiterten Lernraum. Das Modell wird auch Schulinsel genannt und wird heute in vielen Schulhäusern praktiziert. In ein solches Mini-Time-out kommen Kinder und Jugendliche kurzfristig und für weniger als ein halbes Jahr. Möglich ist gemäss Gesetz explizit auch ein Mischsystem Förderklassen/Schulinseln.

In allen Fällen ist das erklärte Ziel, dass die Schülerinnen und Schüler nach einer gewissen Zeit wieder in ihre ursprüngliche Klasse zurückkehren.

Die Schulen können auch entscheiden, nichts zu tun - etwa, wenn sie keinen Bedarf für derartige Lösungen sehen. Die Kleinklassen, die nur noch wenige Schulgemeinden kannten, werden in dieser Form abgeschafft. Es gab jüngst noch sechs Kleinklassen im Kanton Zürich.



Silvia Steiners grosser Kompromiss

Der Entscheid des Parlaments markiert für den Kanton Zürich den vorläufigen Abschluss der grossen und schweizweit diskutierten Frage der schulischen Integration. Vor allem Politikerinnen und Politiker von FDP und SVP hatten die integrative Schule, die möglichst alle Kinder in den Regelklassen unterbringen will, für gescheitert erklärt. Sie forderten ein Zurück zum System mit Kleinklassen.

Die Zürcher Lösung ist ein Kompromiss, den Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) gezimmert hat. Als Reaktion auf die vom Kantonsrat angenommene Förderklasseninitiative hatte sie das Anliegen der Initiantinnen und ihren eigenen Gegenvorschlag mit den erweiterten Lernräumen vermengt. Die Kommission hat darauf etwas nachgebessert. «Jedes Kind soll jene Hilfe erhalten, ohne das System zu überlasten», sagte Steiner gestern.

Mehr Ruhe in der Volksschule

Im Parlament wurde die Lösung wohlwollend aufgenommen. «Die Schule wird gestärkt, die Lösung kommt den Kindern zugute», sagte Tobias Infortuna (SVP). Manchmal reiche ein Kind, um so viel Unruhe in eine Klasse zu bringen, dass diese gleich aus der Balance gerate. Das binde derart viel Energie, die der Lehrperson folglich für alle anderen Kindern fehle. Die Regelklassen bräuchten wieder mehr Ruhe.

«Es geht darum, jene Kinder, die Probleme bereiten, adäquat zu unterrichten», sagte Marc Bourgeois (FDP). Es sei eine konstruktive Lösung, die keine Abkehr von der integrativen Idee bringe, sondern eine Weiterentwicklung. Nadia Koch (GLP) stimmte zu: «Es ist kein Richtungswechsel, sondern eine pragmatische Lösung», sagte sie. Entscheidend sei, dass die Förderklassen für die Kinder und Jugendlichen keine Sackgasse bedeuteten und die Lehrerinnen und Lehrer entlasteten.

Interessant waren die Voten von Mitte und EVP. Denn beide Parteien hatten die Förderklasseninitiative abgelehnt. Kathrin Wydler (Mitte) hob hervor, dass die Systemwahl bei den Schulbehörden liege. Zudem sei die Ressourcenfrage gelöst. Die Schulen sollen das benötigte Personal erhalten, indem sie einen Spezialtopf namens Vollzeiteneinheiten-Gestaltungspool anzapfen, der bisher oft nicht voll ausgeschöpft wurde. Hanspeter Hugentobler (EVP) äusserte sich ähnlich wie Wydler.

Linke kritisieren Schwächung der Integration

Von links kam hingegen grundsätzliche Kritik am neuen Modell. Sibylle Jüttner (SP) attestierte der Gegenseite zwar, die Lehrpersonen entlasten zu wollen. Doch das werde leider nicht geschehen. Im Gegenteil: Weil die Heilpädagoginnen und -pädagogen aus den Regelklassen in die Förderklassen transferiert würden, werde die Belastung für die Klassenlehrpersonen steigen. Das heutige System mit den erweiterten Lernräumen sei besser in den Schulalltag integriert, sagte Jüttner. Auch werde die Wiederintegration der Förderklassenkinder in die alte Klasse anspruchsvoll sein, prophezeite sie. Ihr Fazit: «Die Vorlage löst keine Probleme, sondern schafft neue.»

Eine Prophezeiung machte auch Wilma Willi (Grüne). «Es wird nicht ohne zusätzliche Mittel gehen», sagte sie und meinte grundsätzlich: «Wir wollen eine Schule für alle, aber diese Vorlage arbeitet gegen dieses Prinzip.»



«Viel Spass bei der Suche von genügend Heilpädagoginnen und Heilpädagogen für die Förderklassen», sagte AL-Sprecherin Nicole Wyss trocken. Sie spielte damit auf den aktuellen Mangel an heilpädagogischen Fachkräften an, der viele Schulen beschäftigt. Die AL-Politikerin sprach von einem «Schritt zurück zur Separation». Dabei biete das jetzige System Lösungen für alle Situationen. Auch befürchtet Wyss, dass sich zahlreiche Eltern gegen die Einteilung ihres Kindes in eine Förderklasse wehren würden, was zu zahlreichen Rechtsfällen führen werde.

Gestern wurden die Anträge von links, auf die Förderklassenvorlage nicht einzutreten oder diese wieder abzuschwächen, klar verworfen. Die Schlussabstimmung findet in einigen Wochen statt. Ein Referendum ist eher unwahrscheinlich, wie eine Umfrage der Redaktion bei den linken Parteien ergab.

Damit würde der grosse Streit um Integration oder Separation der Schulkinder ohne Volksabstimmung enden.

Und sie kosten doch etwas

NZZ, 12. Mai 2026, Zürich und Region, Giorgio Scherrer

Das Kantonsparlament beschliesst die Einführung von Förderklassen – und, entgegen früheren Versprechen, auch ihre finanzielle Förderung

Noch ein letztes Mal ging am Montag die Welt unter. Linke warnten vor Ausgrenzung und Unruhe, die an den Zürcher Schulen mit Annahme einer Gesetzesänderung drohen würden – «falsch» und «unfair» sei, was hier passiere. Bürgerliche prophezeiten derweil den Kollaps derselben Schulen, falls die Änderung nicht angenommen werde – und Eltern, Kinder und Lehrpersonen endlich entlastet würden.

«Alle leiden», verkündete Anita Borer (SVP) irgendwann. Und tönte damit ähnlich apodiktisch wie ihre Ratskolleginnen von der Linken, die raunend von «mulmigen Gefühlen» und «sanftem Zwang» sprachen. Der Alarmismus ging so weit, dass die Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) sich irgendwann genötigt sah, die «pessimistische Grundhaltung auf beiden Ratsseiten» zu kritisieren. Mit bescheidenem Erfolg.

Das Anliegen, das solch widerstreitende Gefühle weckt, ist das Trigger-Thema der Bildungspolitik schlechthin: die schulische Integration – die Frage also, ob Kinder mit speziellem Förderbedarf in einer Regelklasse oder in einem separaten Setting besser aufgehoben sind.

Eigentlich hat das Zürcher Kantonsparlament hier bereits vergangenes Jahr einen weitreichenden Entscheid gefällt: Es erklärte die Förderklasseninitiative von GLP, FDP und SVP für angenommen. Damit gab es der Regierung den Auftrag, die Schaffung von separaten Klassen – volkstümlich als Kleinklassen bekannt – zu erleichtern. Doch wie? Darüber wurde am Montag ein vorerst letztes Mal gestritten, bei der Debatte über die gesetzliche Umsetzung der Initiative.



Die Sache mit dem Geld

Die Regierung hatte dem Parlament eine Minimalvariante unterbreitet, die Steiners Handschrift trug. Die Bildungsdirektorin ist eine Verfechterin der schulischen Integration und wollte lediglich die Möglichkeit zur Schaffung von Förderklassen ins Gesetz schreiben – ohne Vorgaben oder Anreize dazu. Eine solche Einführung ist aber faktisch jetzt schon möglich, unter dem flexiblen Label der Kleinklasse. Steiners Vorschlag hätte also in der täglichen Praxis kaum zu Veränderungen geführt.

Eine Mitte-rechts-Koalition wollte das so nicht hinnehmen. In der zuständigen Kommission und nun auch im Parlament setzte sie gezielte Verschärfungen der regierungsrätlichen Minimalvariante durch. Wollte die Regierung den Schulgemeinden die Führung separater Klassen noch völlig freistellen, steht neu im Volksschulgesetz: «Die Gemeinden führen bei Bedarf auf allen Stufen Förderklassen.» Solche Klassen sollen verhaltensauffällige oder anderweitig betreuungsintensive Kinder für eine begrenzte Zeit aufnehmen – mit dem Ziel, ihr Verhalten positiv zu beeinflussen und so eine Rückkehr in ihre angestammte Klasse zu ermöglichen.

Und, fast entscheidender: Die Gemeinden können für die Führung dieser Klassen neu zusätzliche Mittel beim Kanton beantragen. Durch eine Änderung des Lehrpersonalgesetzes wird ein wenig bekannter Geldtopf – der sogenannte Gestaltungspool – dafür angezapft. Damit, heisst es im Kommissionsbericht, werde «mittels zusätzlicher Ressourcen» ein «finanzieller Anreiz» zur Schaffung von Förderklassen erzeugt.

Es ist dieser Mechanismus, gegen den die Gegnerinnen der Förderklassen sich besonders wehren. «Sanft zwingen» wolle man die Gemeinden damit, sagte Nicole Wyss (AL). Sibylle Jüttner (SP) ihrerseits sagte warnend: «Damit werden Regelklassen heilpädagogische Ressourcen entzogen, die heute schon knapp sind.»

Für Marc Bourgeois (FDP) ist die neue Geldquelle zwingend, damit sich Förderklassen auch in der Praxis etablieren können. Schon bisher habe es den Gemeinden freigestanden, Kleinklassen einzuführen. Von 160 Kommunen hätten das aber nur 6 getan. «Nicht weil sie nicht wollten, sondern weil es finanziell nicht attraktiv ist.» Ohne sinnvolle Umsetzung und Finanzierung, mahnte auch Anita Borer (SVP), drohe die Förderklasse zum «schulpolitischen Papierversprechen» zu werden.

Eine neue Subvention

Mit dem Entscheid für eine Zusatzfinanzierung – eine Art Förderklassensubvention – manövrieren sich die bürgerlichen Parteien allerdings in eine unbequeme Situation. Denn: Die Förderklasseninitiative hatte explizit gefordert, dass ihre Umsetzung «ohne finanzielle Mehrbelastung von Kanton und Gemeinden» erfolge.

Mehr noch: Ihre Verfechter hatten im Parlament stets betont, dass ihre Einführung keine Mehrkosten verursachen werde, ja am Ende gar günstiger sei als das gegenwärtige System. Die SVP-Kantonsrätin Borer sagte in der Debatte vom 24. März 2025: «Wir sparen mittel- und langfristige Kosten ein oder können mindestens das Aufwandswachstum bremsen.» Der FDP-Kantonsrat Bourgeois in derselben Debatte: «Ja, Förderklassen sollen und können kostenneutral umgesetzt werden.»

Nun tönte das alles etwas anders. Die Kosten, so Bourgeois am Montag, seien «ein schwieriger Punkt». Was «kostenneutral» genau geheissen habe, sei nie ganz klar gewesen. Er rechne mit Mehr-



kosten beim Kanton. Mit anderen Worten: Was die Bildungsdirektorin Steiner seit Jahren ange-mahnt hatte – dass eine streng kostenneutrale Umsetzung illusorisch sei –, wird nun, quasi auf den letzten Zentimetern vor der Ziellinie, auch von den Förderklassen-Befürwortern zugegeben.

Einen möglichen Ausweg sehen diese bei den Gemeinden: Was der Kanton mehr ausbebe, könne ja dort eingespart werden. Wenn es kantonal mitfinanzierte Förderklassen gibt, so die Idee, wird es weniger Mittel für Klassenassistenzen oder private Sonderschulplätze brauchen; beides wird mo-mentan allein von den Kommunen bezahlt. Welchen Anreiz die Schulverantwortlichen in den Ge-meinden allerdings haben sollen, diese seit Jahren etablierten Leistungen auf eigene Initiative hin-unterzufahren, wenn sie gleichzeitig mehr Geld vom Kanton erhalten – das bleibt offen.

Wahrscheinlicher scheint vielmehr jenes Szenario, das Kathrin Wydler (Mitte) skizzierte: Da die Gemeinden die vom Kanton verteilten Mittel im Gestaltungspool bereits heute meist ausschöpften, würden «allenfalls Nachjustierungen notwendig sein». Also auf gut Deutsch: eine Budgeterhöhung.

Bemerkenswert ist, dass künftig nicht nur Förderklassen zusätzliche kantonale Mittel erhalten sol-len, sondern auch eines von Silvia Steiners Lieblingsprojekten: der erweiterte Lernraum, auch be-kannt als «Schulinsel». Dahinter verbirgt sich jenes Rezept, das sich Befürworter der schulischen Integration als Lösung für den Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern ausge-dacht haben. Dabei werden schwierige Kinder für eine begrenzte Zeit, etwa einen Nachmittag, aus ihrer Klasse und in ein betreutes Setting geschickt – im Sinn eines Time-outs.

An der neu beschlossenen finanziellen Förderung dieses Instruments hatte die Ratslinke ihre Freu-de, während die Rechte dazu schwieg. Steiner selbst sagte zum Thema Finanzierung bloss: «Die Kostenneutralität kann nur dann eingehalten werden, wenn es gelingt, die Sonderschulquote zu sen-ken.» Diese steigt allerdings seit über zwanzig Jahren an – obwohl der Kanton zeitweise gar zu sta-tistischen Kniffs griff, die sie tiefer erscheinen liessen, als sie tatsächlich war.

Verweis auf Gemeinden

Eine Anfrage der NZZ zu den finanziellen Folgen der nun beschlossenen Vorlage beantwortet die Bildungsdirektion folgendermassen: Man könne keine Angaben zu den Mehrkosten machen. Diese hingen von der Umsetzung durch die Gemeinden ab. Was der Kanton jedoch sagen kann: Der Ge-staltungspool – der Topf, aus dem die Förderklassen neu finanziert werden – wird bereits heute zu über 90 Prozent ausgeschöpft. Bis jetzt wird das Geld etwa für zusätzliche Halbklassenlektionen, Projektwochen oder zusätzliche Stellenprozente in der Schulleitung eingesetzt.

Sollten nun flächendeckend Förderklassen und erweiterte Lernräume hinzukommen, könnten die Mittel also rasch knapp werden. Für eine Aufstockung des Budgets reicht in diesem Fall allerdings ein Beschluss der Regierung. Immerhin eine weitere Weltuntergangsdebatte im Parlament bliebe Zürich damit erspart.



Die Rückkehr der Kreidezeit

Journal 21, 12. Mai 2026, Carl Bossard

Eine Allianz von Fachleuten will eine Debatte über wirksamen Unterricht, Lesenlernen und Bildungsqualität anstossen. Die Reaktion darauf zeigt allerdings vor allem eines: Wer heute systematisches Lernen verteidigt, gerät erstaunlich schnell unter Restaurationsverdacht. Das verrät viel über die heutige Diskurskultur.

An der [Medienkonferenz](#) «Wendepunkt Bildung – Mut zur Kurskorrektur» vor zwei Wochen kritisierten erfahrene Lehrpersonen, Bildungsexperten und ehemalige Verantwortungsträger die zunehmende Distanz zwischen Schulreformen und Unterrichtswirklichkeit. Ihr Manifest plädiert für systematisches Lernen, klare Grundlagenarbeit und eine stärkere Orientierung an Bildungswirksamkeit.¹

Die neue pädagogische Gefahrenlage

Wer dieser Tage eine Debatte über Schule auslösen möchte, braucht keine steilen Thesen mehr. Kinder sollten lesen können und das Gelesene verstehen, dazu das Schreiben und Rechnen beherrschen. Das genügt offenbar bereits. Kaum hatte die Gruppe «Wendepunkt Bildung» ihr Manifest vorgestellt, wurde öffentlich Alarm ausgelöst. Das sei rückwärtsgewandt. Reformkritisch. Nostalgisch. Ja beinahe kulturgeschichtlich bedenklich. Einzelne Kommentatoren reagierten, als hätte eine geheime Vereinigung pensionierter Oberlehrer die Abschaffung des Stroms und die Wiedereinführung der Schiefertafel gefordert.

Dabei lautete der zentrale Satz des Manifests lediglich: Lernen müsse systematisch aufgebaut, geübt und gefestigt werden. Eine erstaunlich provokative Aussage im Jahr 2026! Man reibt sich kurz die Augen. Systematisches Lernen scheint inzwischen zu den riskanteren öffentlichen Positionen zu gehören.

Manifest² für einen bildungswirksamen Unterricht

Jedes Kind geht nur einmal zur Schule.

Darum hat es das Recht auf einen bildungswirksamen Unterricht. Wir Erwachsenen tragen dafür die Verantwortung.

Die heutige Volksschule wird diesem Auftrag zu wenig gerecht. Warum?

- Sie vernachlässigt das gemeinsame und systematische Lernen.

-

Ausschnitt aus dem Manifest «Wendepunkt Bildung – Mut zur Kurskorrektur» (vgl. Website)

1 <https://lvb.ch/medienecho-lvb/medienkonferenz-wendepunkt-bildung-mut-zur-kurskorrektur/> [aufgerufen: 11.05.2026]

2 <https://lvb.ch/medienecho-lvb/medienkonferenz-wendepunkt-bildung-mut-zur-kurskorrektur/>



Verdacht durch Wortnähe

Besonders auffällig war allerdings weniger die Kritik selbst als deren Stil. Diskutiert wurde selten über Lesen, Schreiben oder Rechnen. Stattdessen wurde das Alter der Beteiligten untersucht. Ihre mutmassliche Weltanschauung. Ihre vermutete Sehnsucht nach Kreidegeruch und Hellraumprojektoren.

Man erfuhr: Wer «Üben» sagt, möchte vermutlich zurück ins Jahr 1954. Wer «Lehrperson» sagt, meint eigentlich «Autorität». Und wer von Konzentration, Disziplin oder verbindlichen Erwartungen spricht, gerät rasch unter den Verdacht eines rückwärtsgewandten Bildungsverständnisses. Der bildungspolitische Diskurs hat damit eine neue wissenschaftliche Kategorie hervorgebracht: den Verdacht durch Wortnähe.

Besonders interessant ist die neue Hermeneutik des Verdachts. Sie funktioniert ungefähr so: Wenn jemand fordert, dass Kinder besser lesen lernen sollen, dann fordert er in Wahrheit etwas ganz anderes. Vermutlich Ausgrenzung. Oder Selektion. Oder mindestens eine Rückkehr in pädagogisch übersichtlichere Zeiten. Die eigentliche Aussage wird dabei zunehmend als störendes Detail behandelt. Wichtiger als das Argument erscheint die moralisch korrekte Einordnung der Person, von der es stammt.

Dass Begriffe wie Leistung, Autorität oder Disziplin historische Belastungen tragen und kritisch befragt werden, ist legitim. Problematisch wird es dort, wo bereits ihre Verwendung als politischer Verdacht genügt. Früher nannte man das «ad hominem» oder «ad personam». Mit Diskurs im eigentlichen Sinn hat das nur noch wenig zu tun.

Die hohe Kunst der Komplexität

Auffällig in dieser «Debatte» war auch die grosse Sorge um die Gegenwart. Mehrfach wurde erklärt, die Schule von heute sei komplexer geworden. Das stimmt selbstverständlich. Nur bleibt offen, weshalb daraus folgen soll, dass Kinder Texte schlechter verstehen dürfen.

Komplexität scheint überhaupt zur neuen Generalerklärung geworden zu sein. Sobald etwas nicht funktioniert, gilt das Problem als Beweis dafür, wie komplex alles geworden ist. Die Lösung besteht dann meist darin, weitere Komplexität hinzuzufügen – mit zusätzlichen Strukturen und Verfahren: multiprofessionelle Teams, Kompetenzraster, Förderarchitekturen, Prozessbegleitung, Qualitätszyklen, adaptive Lernsettings oder dialogische Reflexionsräume. Manches davon mag sinnvoll sein. Doch weshalb gerät darüber die elementare Frage guten Unterrichts so häufig aus dem Blick?

Wer dagegen einwendet, dass Kinder zuerst tragfähige Grundlagen erwerben sollten, bevor sie weitgehend selbstorganisiert lernen, gilt rasch als pädagogischer Restaurator.

Die Tragödie der fehlenden Links

Bemerkenswert ist zudem die tiefe Erschütterung darüber, dass einige Unterlagen der Medienkonferenz kurzfristig nicht online verfügbar waren. Das wurde teilweise behandelt wie ein Angriff auf die Aufklärung selbst.

Zeitweise entstand beinahe der Eindruck, die technische Verfügbarkeit einzelner Unterlagen sei bedeutsamer als die aufgeworfenen Fragen selbst. Der eigentliche Kern der Debatte geriet dabei fast



in Vergessenheit: Warum sinken die Leistungen im Lesen? Warum klagen Lehrpersonen über Überforderung? Warum verlieren viele Kinder früh den Anschluss? Warum entfernen sich Theorie und Schulwirklichkeit zunehmend voneinander?

Diese Fragen wären wichtig und ergiebig. Doch man sprach lieber über die angeblich gefährliche Sehnsucht nach «Autorität».³

Vom Wachsenlassen

Das ist besonders unerquicklich, weil der Begriff ursprünglich von «augere» kommt: wachsen lassen. Heute hingegen scheint bereits der Gedanke verdächtig, dass Kinder Orientierung brauchen könnten. Führung gilt rasch als Freiheitsbeschränkung, Struktur als Zumutung und konsequentes Üben vielerorts bereits als pädagogisch problematisch.

Der moderne Bildungsdiskurs hat eine merkwürdige Verschiebung vollzogen: Er spricht ununterbrochen vom Kind – aber erstaunlich selten vom Unterricht. Vielleicht erklärt das auch die Heftigkeit mancher Reaktionen. Doch «Wendepunkt Bildung» kritisiert lediglich ein System permanenter Reformrhetorik und Innovationsdynamik – eine Dynamik, die sich mitunter stärker für Prozesse, Steuerungsmodelle und Reformsemantik interessiert als für die konkrete Qualität des Lernens.

Wenn ein einfacher Satz provoziert

Das aber trifft einen empfindlichen Punkt. Denn wenn am Ende wieder die schlichte Frage auftaucht, ob ein Kind lesen, schreiben und rechnen kann, verlieren viele Debatten plötzlich ihre schützende Nebelwand.

Vielleicht liegt genau darin das eigentliche Missverständnis unserer Bildungsdebatten: dass ein Manifest für Lesen, Schreiben und Rechnen heute bereits als kulturkämpferische Provokation gilt.

Zurück zur klaren Autorität im Klassenzimmer

Tages-Anzeiger, 28. April 2026, Politik & Wirtschaft, Sabrina Bundi

Bildung • Eine Gruppe von Politikerinnen und Bildungsexperten fordert, dass in den Schulen der Fokus wieder mehr auf Lesen, Schreiben und Rechnen gesetzt wird. Ihr Manifest stösst aber auf Widerspruch.

«Kaum eine der Schulreformen der letzten 20 Jahre hat funktioniert», sagt Roland Stark, Heilpädagoge aus Basel. «Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler werden immer schlechter - diese Abwärtsspirale müssen wir stoppen.»

Stark sagt das in Zürich, an einem Tisch mit Bildungsforschern, Lehrpersonen und Politikerinnen. Viele haben bekannte Namen: Etwa der Psychologe Allan Guggenbühl, Carl Bossard, Gründungsrektor der PH Zug, oder der Nidwaldner SVP-Bildungsdirektor Res Schmid. Was sie alle eint, passt

3 in: Zürichsee-Zeitung, 28.04.2026, S. 1, 13: «Zurück zur klaren Autorität im Klassenzimmer»



auf eine A4-Seite: ein Manifest, das nicht weniger fordert als eine Neuausrichtung der Volksschule. Sie soll sich wieder auf ihre Kernaufgaben fokussieren.

Die Gruppe nennt sich Wendepunkt Bildung. Inhaltlich positioniert sie sich bildungskonservativ und reformkritisch. Ihr Manifest beklagt «sinkende Lernleistungen», «überfrachtete Lehrpläne», Pädagogische Hochschulen, die «den Bezug zur Praxis verloren haben», und eine Schule, die sich in Administration verstricke.

Wendepunkt Bildung: Viel Kritik, wenig Plan

Die Neuausrichtung soll «mit systematischem Üben elementares Basiswissen sichern». Dazu gehört laut Manifest: «verstehend lesen, kohärent schreiben, präzise reden, grundlegend rechnen, logisch denken, frei fantasieren». Oder mit den Worten von Roland Stark: «Die Kinder brauchen wieder eine klare Autorität im Klassenzimmer, die mit ihnen übt und repetiert, bis etwas sitzt. Konstante, verlässliche Bezugspersonen und keine Unruhe wie in einem Bahnhof.»

Die Forderungen ähneln dem, was schon die SVP und die FDP in ihren Bildungspapieren festhielten. Neu ist also weniger, was die Gruppe fordert - sondern wer es gemeinsam tut.

Die Kritik kommt nicht aus einer einzelnen Partei. In der achtköpfigen Gruppe sitzen mit Roland Stark ein Vertreter der SP, mit Res Schmid einer der SVP, mit der Zürcher Schulleiterin und Politikerin Yasmine Bourgeois eine FDPlerin und mit der Basler Primarlehrerin Christine Staehelin eine GLPlerin. Philipp Loretz ist zudem Präsident des Lehrerinnen- und Lehrerverbands Basel, und Beat Kissling ist Erziehungswissenschaftler und Psychotherapeut. «Mit dem Manifest kann man uns nicht in eine ideologische oder parteipolitische Ecke stellen», so Stark.

Konkrete politische Forderungen oder Strategien hat die Gruppe noch keine. «Es geht vor allem darum, den Druck zu erhöhen», sagt Stark. Man wolle das Manifest breit streuen - an Verbände und Gewerkschaften schicken.

Es sei ja auch schon einiges im Tun in den Kantonen - verschiedene Vorstösse vor allem zu Frühfranzösisch und zur integrativen Schule werden bereits bearbeitet. Letztere ist laut dem Heilpädagogen Stark offensichtlich gescheitert: «Die integrative Schule in ihrer absolutistischen Praxis hat auf der ganzen Linie versagt. Sie überfordert Schüler, Lehrer, Eltern.»

Was die Befürworterin der Schulreform sagt

Die Ursachen für die Probleme im Schulsystem werden jedoch unterschiedlich beurteilt. Aus Sicht von Katharina Maag Merki, Professorin für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich, greift die Kritik der Gruppe an den Reformen zu kurz. «Der Leistungsrückgang ist kein schweizerisches Phänomen, wir sehen ähnliche Entwicklungen in vielen Ländern», sagt sie.

Die Gründe dafür seien bis heute zwar nicht abschliessend geklärt. Klar sei aber: «Seit einigen Jahren ist der allgemeine Druck in vielen Lebensbereichen auf Kinder und ihre Familien gestiegen.» Die Familie sei für den Bildungsverlauf massgebend: «In den Pisa-Ergebnissen sehen wir, dass das Leistungsniveau bei Jugendlichen aus bildungsnahen Familien stabil geblieben ist, bei jenen aus Familien mit weniger Ressourcen zeigt sich aber seit 2015 ein deutlicher und besorgniserregender Rückgang.»



Eine Rückkehr zu früheren Modellen - etwa mit mehr Separation - hält Maag Merki deshalb für problematisch. «Dann würden genau jene Kinder wieder benachteiligt, die ohnehin in unserem Bildungssystem benachteiligt werden. Die Bildungsungleichheit würde zunehmen.»

Die Grundkompetenzen, die das Manifest stärken will, sind laut Maag Merki längst Teil des Lehrplans. «Sich aber wieder stärker nur auf diese zu fokussieren, holt die leistungsstarken Kinder nicht genügend ab, sie würden dadurch ungenügend gefördert», sagt sie. Ausserdem bräuchten die Kinder heutzutage zusätzliche Kompetenzen, um zurechtzukommen. «Etwa Digitalität und der Aufbau von Selbstkompetenz, die Fähigkeit, selbstständig zu lernen, oder ein Verständnis für Natur und Kultur.»

Kritik an Pädagogischen Hochschulen

Das Manifest geht auch mit den Pädagogischen Hochschulen (PH) hart ins Gericht. Roland Stark nennt sie eine «Schwachstelle des Systems», weil sie «mit ihrer praxisfernen Akademisierung den Bezug zum Schulalltag verloren haben». Die PH Bern antwortet auf diese Kritik ähnlich wie Maag Merki: Die Welt und damit auch die Bildungswelt und das Berufsfeld Schule veränderten sich laufend. «Im Zentrum steht die Frage, wie die PH Bern Lehrpersonen befähigen kann, Kinder und Jugendliche auf eine Gesellschaft vorzubereiten, die von Diversität, Digitalität und Nachhaltigkeit geprägt ist», schreibt Sprecher Marcel Marti.

Ausserdem sei der Praxis- bezug sehr wichtig: «Die PH arbeitet deshalb zum Beispiel mit rund 70 Partnerschulen im ganzen Kanton zusammen. Der enge Praxisbezug ergibt sich zudem dadurch, dass 72 Prozent unserer Studierenden zugleich an Schulen unterrichten.»

Erzeugt die Guppe Druck auf Volksschule?

In einem Punkt sind sich die beiden Seiten einig: Die Schule steht unter Druck. Die Anforderungen sind gestiegen, die Erwartungen vielfältiger geworden.

Ob die neue Allianz tatsächlich politischen Druck erzeugen kann, ist offen. Professorin Maag Merki bleibt skeptisch: «Die Gruppe ist laut, aber sie bringt nichts Neues und vor allem keine echten Lösungsvorschläge.» Der eigentliche Druck komme weiterhin aus der Politik in den Kantonen, wo konkrete Vorstösse zu Themen diskutiert würden.

Für Stark hingegen ist entscheidend, dass die Bildung wieder stärker ins Zentrum rücke. «Lange hat sich kaum jemand für Bildungsthemen interessiert - die Bildungsdepartemente waren immer die unbeliebtesten und wurden zu Abstellgleisen degradiert», sagt er. «Jetzt ist die Debatte endlich zurück.»



Die Stimme der anderen

NZZ, 11. Mai 2026, Zürich und Region, Robin Schwarzenbach

Yasmine Bourgeois ist das Gesicht der Förderklasseninitiative – ein Spagat für die Lehrerin und Politikerin

Wir treffen uns in Maur am Greifensee. Die FDP-Politikerin Yasmine Bourgeois lebt seit kurzem wieder in Ebmatingen, etwas weiter oben am Pfannenstiel. Hier, am Hafen, ist es an diesem Vormittag angenehm still. Flaches Wasser, grüne Felder, kaum Spaziergänger. Ein guter Ort, um sich in Ruhe zu unterhalten. Auf dem Spielplatz hinter dem Restaurant war Bourgeois früher öfter, als sie das erste Mal in Ebmatingen wohnte und ihre Kinder noch klein waren.

Bourgeois' Arbeitsort hingegen ist tabu. Ein Besuch in ihrer Schule kam für die Primarlehrerin und langjährige Schulleiterin nicht infrage. Bourgeois sagt: «Es ist schwierig, wenn man ein politisches Mandat hat.» Es komme nicht immer gut an, wenn man zwischendurch ein Interview gebe im Fernsehen oder am Radio. Oder einen Vorstoss einreiche im Zürcher Gemeinderat. Und wenn man wie sie nicht auf Linie der linken Mehrheit im Stadtparlament und vieler Schulgremien politisiert.

Für ihre Haltung in der Politik wurde sie in der rot-grünen Bildungsbubble immer wieder kritisiert. Bis man ihr an einer Schule irgendwo im Kanton Zürich eines Tages klargemacht hat, dass sie, Bourgeois, die liberale Gemeinderätin im Nebenamt, nicht an diesen Ort passe.

Bourgeois sagt: «Ich habe Schule und Politik immer getrennt.» Ihre Initiativen im Stadtparlament hatten auch, aber bei weitem nicht nur mit Bildungspolitik zu tun. Die letzte Eingabe der 52-Jährigen verlangt vom Stadtrat, zu prüfen, wie die Vorschriften für Gastrobetriebe in den geplanten «Quartierblöcken» zu vereinfachen wären.

Das war Ende März. Kurz danach zog Bourgeois mit ihren drei Kindern hinaus aufs Land. Ihre Wohnung in Zürich war der geschiedenen Mutter zu teuer. Eine andere Bleibe hatte sie «trotz intensiver Suche» nicht gefunden – «eine Folge der aktuellen Wohnpolitik» in der Stadt Zürich, wie die FDP damals kommunizierte. Ihren Sitz im Stadtparlament musste sie mit dem Wegzug aufgeben. Knapp drei Wochen zuvor war Bourgeois im Kreis 7 und 8 mit dem besten Resultat aller Kandidaten wiedergewählt worden.

Wutkinder und Trotzköpfe

Aber hier geht es um etwas anderes. Am Montag wird der Zürcher Kantonsrat über die Umsetzung der Förderklasseninitiative entscheiden. Eine wichtige Wegmarke in diesem heiss debattierten Geschäft. Ohne Yasmine Bourgeois wäre es vielleicht nie so weit gekommen. Sie ist das Gesicht des Volksbegehrens, das vom kantonalen Parlament ohne Gegenvorschlag angenommen wurde. Das kommt selten vor. Und es zeigt, dass Bourgeois und ihre Mitstreiter einen Nerv getroffen haben.

Die Initiative soll wenigstens ein bisschen aufräumen, was der integrative Unterricht durcheinandergebracht hat. Sie verspricht eine Lösung für Härtefälle, die ihre Mitschüler massiv stören und Lehrerinnen und Schulleiter an den Rand der Verzweiflung bringen: für Zappelphilipps, für Wutkinder und Trotzköpfe in ihrer schlimmsten Phase. Und vielleicht auch für jene Mädchen und Buben, die dem ordentlichen Unterricht kaum folgen können, weil sie eine schwere Lernbehinderung haben.



Sie sollen dank einem Sondersetting im gleichen Schulhaus zurück ins System finden. So zumindest die Idee.

Die Vorlage verlangt, dass Schülerinnen und Schüler «mit besonders hohem Förderbedarf und solche, deren Verhalten den Schulbetrieb in der Regelklasse erheblich beeinträchtigt», in heilpädagogisch geführten Förderklassen unterrichtet werden. Dies für mindestens ein halbes Jahr und mit dem Ziel, dass die Kinder und Jugendlichen in ihre angestammten Klassen zurückkehren können. Sofern sie bereit sind dafür. Über den Bedarf von Förderklassen entscheiden die (Schul-)Gemeinden.

Doch wenn Bedarf besteht, sollen Förderklassen die Regel sein und nicht die Ausnahme. Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) hatte eine Kann-Formulierung vorgeschlagen. Die bürgerliche Mehrheit der Kommission des Kantonsrats allerdings hat das Wort gestrichen. Worauf die unterlegenen Linken in dem Gremium kritisierten, man wolle auf diese Weise eine Förderklassen-Pflicht einführen.

Die SP ist ohnehin gegen die Initiative. «Wir brauchen starke integrative Lösungen, die allen Kindern gerecht werden», verkündete die Partei Anfang April, nachdem sie und die Grünen in der Kommission mit 5 zu 10 Stimmen den Kürzeren gezogen hatten. Förderklassen seien «unnötig» und «pädagogisch problematisch».

Yasmine Bourgeois hingegen sagt: «Ich bin dankbar, dass die Kommission eine verbindlichere Formulierung gewählt hat als Frau Steiner.» Aber ob das helfen wird – im Schulalltag? Bourgeois ist davon überzeugt. «Für mich ist klar, dass weder die verhaltensauffälligen noch die lernschwachen Kinder davon profitieren, wenn sie in Regelklassen ständig betreut werden müssen.» Eins-zu-eins-Begleitung durch Heilpädagoginnen oder Klassenassistenten, während die anderen Schüler mit der Lehrerin längst woanders sind mit dem Schulstoff? Bourgeois findet: «Das ergibt keinen Sinn. Diese Kinder sind nicht integriert.»

Hin- und hergeschoben werden, damit die anderen in der Klasse die Verhaltensauffälligkeiten der verhaltensauffälligen Kinder nicht ständig mitbekommen? Bourgeois kritisiert: «Oft werden schwierige Schüler nur tröpfchenweise unterstützt. Das ist kein Ersatz für eingehenden Unterricht.»

Und überhaupt: Langwierige Abklärungen für eine integrierte Sonderschulung (ISR) brauchte es mit ihrer Initiative viel weniger. «Das sind versteckte Kosten des integrativen Unterrichts.» Die dafür verwendete Zeit und Energie könnten Lehrerinnen und Lehrer gut gebrauchen für ihre Kernaufgaben: den Schülerinnen und Schülern Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen.

Bei Yasmine Bourgeois müssen die Kinder auch Diktate schreiben. Und zwar handschriftlich. Und kopfrechnen. «Wenn etwas nicht sitzt, dann übe ich mit ihnen», sagt die Primarlehrerin. Klassische Methoden seien per se nicht besser als moderne Ansätze. Aber sie sei für Abwechslung im Unterricht.

Retterin der Volksschule?

Lesen, Schreiben, Rechnen: eigentlich keine spektakuläre Vorstellung von Schule. Aber es ist bezeichnend, dass Verfechter solcher Ideale als Aussenseiter gebrandmarkt werden. Als Yasmine Bourgeois kürzlich mit einer neuen Gruppierung namens «Wendepunkt Bildung» an die Öffentlichkeit trat, berichteten die Tamedia-Zeitungen prominent von einer «breiten Allianz», die «bildungs-



konservative» Positionen vertrete. Die NZZ hatte zuvor von einem «munteren Grüppchen» von SP bis SVP geschrieben, das die Schule «retten» wolle und die Reformen der «Bildungselite» zerzause.

Muss die Volksschule gerettet werden? Geht alles den Bach runter – in jeder Klasse, auf allen Stufen? Bourgeois sagt: «Nein, natürlich nicht.» Aber Förderklassen könnten einen Teil der Probleme auffangen. Die plakativen Zuschreibungen in den Medien allerdings – hier die verkopften Reformer, da die pragmatischen Kritiker dieser «Reformitis» – scheinen ihr fast unangenehm zu sein.

Yasmine Bourgeois ist keine Lautsprecherin. Als Lehrerin besitzt sie die Glaubwürdigkeit der Praktikerin. Vergangene Woche sagte sie an der Pressekonferenz der Reformkritiker: «Wer den Kernauftrag der Schule schützen will, muss den Mut haben, Nein zu sagen – auch zu gut gemeinten Projekten.» Im Gartenrestaurant am Greifensee sagt sie: «Ich kann nicht stillsitzen, wenn die Qualität abnimmt und die Linken immer neue Ideen präsentieren, die die Volksschule «verbessern» sollen.» Zum Beispiel Noten oder das Langzeitgymnasium abschaffen.

Oder auf Hausaufgaben möglichst verzichten, damit alle Kinder alles in der Schule erledigen – und somit alle die «gleichen» Chancen haben sollen, also ohne Hilfe der Eltern. Bourgeois findet: «Es ist doch nicht verboten, dem eigenen Kind zu helfen beim Lernen!» Aufgabenhilfe an den Schulen solle sich auf jene konzentrieren, die zu Hause auf sich allein gestellt wären. Das Ziel jedoch, möglichst gerechte Chancen für alle Schüler zu schaffen, hält Bourgeois für richtig. Sie sei auch nicht gegen integrativen Unterricht, sie sei dafür. Aber nicht auf Biegen und Brechen.

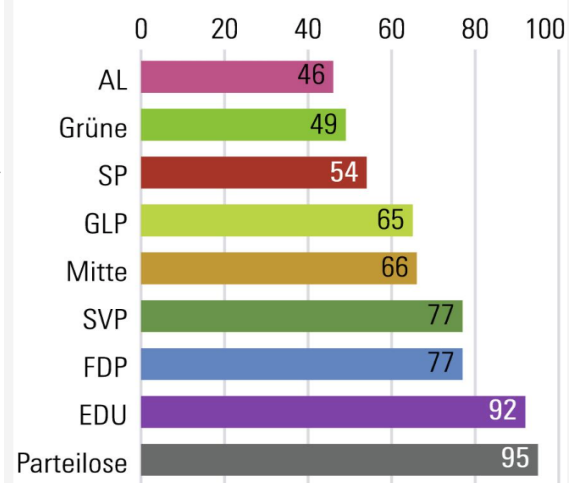
Weniger Krempel!

Was halten ihre Schüler von ihr? «Ich hoffe, sie würden sagen: Ich habe Humor!», antwortet die Lehrerin. Sie sei vielleicht konsequent, aber nicht pingelig. Sie habe ein Gespür für ihre Klasse. Und sie verstehe sich gut mit anderen Lehrern, egal welcher Couleur. Als Schulleiterin habe sie immer versucht, ihre Mitarbeitenden von unnötigen Aufgaben zu entlasten. Noch mehr Klima-Tage, noch mehr Gewaltprävention, noch mehr Projekte, die viel Zeit kosten und am Ende in der Schublade verschwinden – das nervt die Politikerin, die auch Lehrerin ist, und umgekehrt: «Hört endlich auf, die Schulen mit noch mehr Krempel zu beschäftigen!»

Bourgeois dürfte vielen Lehrern aus der Seele sprechen. Aber nicht allen. Lena Fleisch, die Präsidentin des Zürcher Lehrerverbands, teilt mit: Sie schätze das politische Engagement von Yasmine Bourgeois – «auch wenn wir in Sachfragen oft unterschiedliche Haltungen vertreten». Der Verband lehnt die Förderklasseninitiative ab. Er bekämpfte sie gar. Doch zuletzt äusserte sich die Präsidentin konzilianter. Schulen

Skepsis gegenüber dem integrativen Unterricht

Für oder eher für Kleinklassen, nach Parteianhängern, in Prozent



NZZ-Wahlumfrage zu den Zürcher Wahlen 2023, November/Dezember 2022 (N=2688, Stichprobenfehler: 1,89 Prozentpunkte).

QUELLE: GFS BERN

NZZ / nil.



sollten wählen können, was am besten zu ihnen passe. «Wenn es eine Förderklasse sein soll, so ist das legitim», sagte Fleisch zur NZZ. Die Beharrlichkeit von Yasmine Bourgeois scheint Früchte zu tragen. Fortsetzung folgt am Montag im Kantonsrat.

Die Realschule repariert, was das Bildungssystem beschädigt hat

St. Galler Tagblatt, 27. April 2026, Schwerpunkt, Gastkommentar von Margrit Stamm

«Zuerst müssen wir das Selbstwertgefühl unserer neuen Schülerinnen und Schüler stärken - erst dann kann Lernen beginnen.» Diesen Satz höre ich von Realschullehrkräften immer wieder. Was zunächst wie eine Floskel klingt, ist in Wahrheit eine präzise Diagnose unseres Bildungssystems. Er zeigt, wie verletzlich viele Jugendliche beim Eintritt in die Realschule sind (in manchen Kantonen Sek C genannt) und welches Gewicht schulische Selektion für die Entwicklung des Selbstbildes hat.

Kinder, die der Realschule zugeteilt werden, haben oft verinnerlicht, dass sie nicht in die höheren Leistungszüge gehören. Hinter vielen stehen Erfahrungen von Entmutigung und das wiederkehrende Gefühl des Nichtgenügens. In der gesellschaftlichen Wahrnehmung ist die Realschule selten ein neutraler Ort. Sie ist ein Etikett. Manche tragen es wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung in sich: «Ich bin zu wenig intelligent.»

Es ist daher kaum Zufall, dass Realschullehrerinnen und -lehrer zunächst reparieren müssen, was das System beschädigt hat. Selbstwertstärkung ist kein Zusatz, sondern das Fundament, auf dem Lernen überhaupt erst wieder möglich wird.

Diese Arbeit ist anspruchsvoll. Denn Selbstwert lässt sich nicht vermitteln wie Stoff. Er entsteht im Erleben, nicht im Zureden. Lehrkräfte berichten von kleinen, aber entscheidenden Schritten: vom ersten gelungenen Text, von Momenten, in denen Jugendliche erleben, wie ihre Stärken sichtbar werden - etwa im Lernen durch Machen. Selbstwert ist nicht Voraussetzung von Erfolg, sondern sein Nebenprodukt.

Dabei zeigt sich ein Paradox: In der Realschule beheben Lehrkräfte die Folgen eines Systems, dessen Logik sie nicht bestimmen können. Sie versuchen, Vertrauen aufzubauen, das durch frühe Selektion erschüttert wurde. Damit praktizieren sie eine Form von Wertschätzung, die viel Jugendliche bisher vermisst haben: dass ihr Bildungsweg zählt – auch wenn die Realschule als «unterste Stufe» markiert wird. In diesem Engagement liegt auch ein Moment des Widerstands. Lehrpersonen stellen sich gegen die Vorstellung, diese Jugendlichen hätten zu wenig Potenzial.

So besehen ist der Satz «Zuerst müssen wir das Selbstwertgefühl stärken» mehr als eine pädagogische Einsicht – er ist auch ein leiser Protest. Denn er macht sichtbar, wie stark Schule die Identität von Jugendlichen prägt und wie schwer es jene haben, die einer «Restschule» zugeordnet werden. Zugleich verweist er auf die zentrale Rolle der Lehrpersonen: Sie vermitteln nicht nur Wissen, sondern helfen jungen Menschen, wieder an sich zu glauben. Das ist entscheidend, denn Realschülerin-



nen und Realschüler haben nach wie vor ein höheres Risiko als Jugendliche in anspruchsvolleren Leistungszügen, keinen Abschluss der Sek-II-Stufe zu erreichen.

Doch das Bild ist nicht nur düster. Es gibt eine zweite Perspektive - und sie ist ermutigend. Viele aus der Realschule blühen in der Berufslehre auf. Plötzlich werden Fähigkeiten sichtbar: handwerkliches Geschick, räumliches Denken, Problemlösefähigkeit. Lernen erhält unmittelbaren Sinn, Leistung wird sichtbar, Erfolg konkret erlebbar. Ein Beispiel dafür sind die Schweizer Berufsmeisterschaften (SwissSkills): In unserer Studie aus dem Jahr 2020 verfügten 20 Prozent der Teilnehmenden über einen Realschulabschluss - ein Drittel von ihnen gewann sogar eine Medaille. Die Berufslehre wurde so zur zweiten Chance!

Am Ende stellt sich nicht die Frage, wie intensiv Selbstwertarbeit sein muss – sondern warum sie überhaupt nötig ist. Solange die Realschule strukturell abgewertet wird, bleibt Selbstwertstärkung ein notwendiger Gegenstrom. Gefragt ist ein Bildungssystem, das gar nicht erst so viel beschädigt: eines, das die Realschule nicht als Restkategorie behandelt, sondern als eigenständigen Lernraum mit Durchlässigkeit. Dies ist in Kantonen eher der Fall, die in der Sekundarstufe I mit Niveauunterricht arbeiten. Dort ist das Stigmatisierungspotenzial geringer - aber nicht verschwunden.

Unsere Bildung muss neu gedacht werden: weniger in Ranglisten, mehr in Potenzialen; weniger in Selektion, mehr in Entwicklung. Dass viele Jugendliche erst in der Berufslehre aufblühen, zeigt, dass ihr Potenzial schon früher da war. Doch im bisherigen Bildungsweg entsprach es nicht den Erwartungen schulischen Lernens und konnte sich deshalb nicht wirksam entfalten.

Margrit Stamm ist emeritierte Professorin für Pädagogische Psychologie und Erziehungswissenschaften an der Universität Fribourg

Die Schule retten

NZZ, 4 Mai 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief

Ich beziehe mich auf den Artikel «Eine unheilige Allianz will die Schule retten» (NZZ 22. 4. 26). Als Junglehrer übernahm ich 1965 eine sechste Klasse mit 39 Schülerinnen und Schülern. Unter ihnen waren 19 italienischsprachige Kinder mit Sprachdefiziten. Dennoch hatte ich Glück: Die Klasse war fleissig, unternehmungslustig und arbeitsam. Vom Lehrerseminar brachte ich wertvolle Praxiserfahrungen und gute Ratschläge erfahrener Kollegen mit.

Heute erscheint mir diese Situation undenkbar. Es scheint, als befänden wir uns in einem pädagogisch-politischen Irrgarten. Was funktioniert heute nicht mehr? Heinrich Zschokke hielt bereits 1836 vor der Versammlung des schweizerischen Volksbildungs-Vereins in Lausen eine Rede zum Thema «Volksbildung ist Volksbefreiung». Er sagte: «Die Schule unterrichtet nur, aber erzieht nicht». Was bedeutet dieser Satz heute? Die Schule muss gerade heute nicht gerettet, sondern ihr muss geholfen werden – was ungleich schwieriger ist. Den Eltern müsste ein Handyverbot auferlegt werden, wenn sie mit ihren Kindern zusammen sind. Sprechen Sie mit Ihren Kindern, damit sie bei Schuleintritt über einen ausreichenden Wortschatz verfügen. Sie wissen, wie das geht.



Es gilt, Spielregeln einzuüben: Wie verhalte ich mich im Strassenverkehr? Was passiert, wenn ich beim Spielen unbedingt meine eigenen Regeln durchsetzen will? Wie kann eine Lehrperson Respekt verlangen, wenn das für die Jugend ein Fremdwort ist? Die grösste Herausforderung liegt heute im Elternhaus und in der Erziehung. Zschokke meinte, die Schule biete 50 Prozent der Ausbildung an, die restlichen 50 Prozent müssten vom Elternhaus geleistet werden. Lehrerinnen und Lehrer wären froh, wenn sie heute Kinder unterrichten könnten, die so altmodisch erzogen wären wie die Kinder von 1965. An die Politik gerichtet: Finden Sie Lösungen – ohne Gesetze und Paragraphen – wie man den Eltern hilft, ihren Kindern den Weg ins Schulleben zu erleichtern.

Christoph Grauwiler, Liestal

Schule ist keine lästige Pflicht

Tages-Anzeiger, 2. Mai 2026, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 28.4. «Zurück zur klaren Autorität im Klassenzimmer»

Eine breite Allianz fordert laut TA eine Neuausrichtung der Volksschule. Aber ist das wirklich eine Neuausrichtung? Nachstehend eine Skizze zu einem Paradigmenwechsel, zu einer Abkehr vom unseligen «Was Hänschen nicht lernt...». Eine Überprüfung all der so wichtigen Dinge, die man doch können muss, wäre längst angezeigt. Ich verstehe die Volksschule als Bildungsstätte für eine möglichst breite Bevölkerungsschicht. Schule ist nicht eine lästige Pflicht, sondern ein grossartiges Privileg. Ein ganz grosser Teil der Kinder geht zu Beginn der Schulzeit mit Eifer, Neugierde, Freude und tiefem Ernst zur Schule. Schule, das hast du zu kultivieren, zu pflegen. Schule, das muss dir heilig sein. Ziel der obligatorischen Schulzeit also: Am Ende der Schulzeit müssen die Kinder lernfreudiger sein als zu Beginn. Der Auftrag an die Volksschule muss heissen: Schule, lehre mich, zu lernen. Schule, hilf mir, Lerntechniken zu erwerben. Schule, begeistere mich fürs Lernen. Lehre mich, neues Wissen zu erschliessen.

Remigius Erzinger, Saland

Es wäre bestimmt bedenkenswert, wieder zu früheren Unterrichtsformen zurückzufinden, wie es eine Gruppe von Politikern und Bildungsexperten nun vorhat. Sofort würde ich zustimmen, wenn wieder der altbewährte Frontalunterricht einer Klasse mit nur einer Lehrperson eingeführt würde. Weshalb wurde Bewährtes abgeschafft? Ein Kind braucht zu seiner Entwicklung eine Lehrperson, der es nacheifern kann, ein behütetes Zuhause, so wie es Pestalozzi in seinem Erziehungsroman ausführlich beschrieben hat. Warum durfte nicht mehr im Dialekt unterrichtet werden? Damit stösst man viele Kinder ins kalte Wasser, ist er doch auch ein grosses Stück Heimat und Geborgenheit. Für Pestalozzi war für eine gesunde Erziehung der Kinder die christlich gesinnte, herkömmliche und intakte Familie massgebend. Rudolf Steiner nahm Pestalozzis Geleitwort «Kopf, Hand und Herz» auf und vervollständigte es mit vielen wunderbaren praktischen Beispielen.

Gret Ferndrigger-Girardin, Boppelsen



Überforderung im Tarnkleid

Tages-Anzeiger, 30. April 2026, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 28.4. «Zurück zur klaren Autorität im Klassenzimmer»

Wer 35 Jahre in der Unterstufe unterrichtet hat, weiss: Viele Kinder sind kleine Wirbelwinde. Nicht böseartig, nicht faul - einfach noch ohne innere Ordnung. Schon einfache Aufgaben können bei ihnen ein Chaos auslösen. Genau diese Kinder brauchen Halt, Orientierung und eine klare Führung. Doch in vielen Klassenzimmern dominiert heute ein anderes Bild: überladene Wochenpläne, selbstorganisierte Lerninseln, hektisches Herumwuseln. Es wirkt modern, geschäftig, fast schon professionell. Nur: Für viele Kinder bleibt am Ende ein Durcheinander im Kopf zurück.

Das Tohuwabohu sieht nach Freiheit aus, ist aber oft Überforderung im Tarnkleid. Was Kinder wirklich brauchen, ist etwas anderes: kurze, klare, unmittelbar umsetzbare Instruktionen. Struktur, die trägt. Führung, die nicht bevormundet, sondern entlastet.

Ein Unterricht, der logisch aufgebaut ist, Schritt für Schritt - nicht eintönig, aber eindeutig. Auch die pädagogischen Hochschulen sollten sich wieder daran erinnern, dass raffinierte Einfachheit kein Rückschritt ist, sondern eine Kunst. Lehrpersonen müssen lernen, wie man führt, ohne zu dominieren, und wie man Komplexität reduziert, ohne Inhalte zu verflachen. Denn am Ende gilt ein alter, aber wahrer Grundsatz: Eine Sache richtig zu können, ist mehr wert als tausend halb.

Cäcilia Gmür, Einsiedeln